



Projektland: Rumänien

**Quartal: Juli bis September
2010**

I. Schlagzeilen:

- Gehaltskürzungen führen zu Protesten in weiten Kreisen der Bevölkerung
- Interne Machtkämpfe innerhalb der regierenden Demokratisch-Liberalen Partei (PDL) erzwingen weitere Umbildung des Kabinetts Boc
- Innenminister Blaga tritt zurück nach nicht genehmigten Protest Polizeiangehöriger vor dem Präsidentenpalast
- Heftige Auseinandersetzung zwischen Parlamentsvorsitzender und PSD Vorsitzenden, Generalstaatsanwaltschaft ermittelt
- Bevölkerung verliert Vertrauen in Politiker
- rumänische Justizreform in Brüssel weiter unter Beschuss
- Höhepunkt der Krise überwunden; Optimismus bleibt gedämpft
- Höchste jährliche Teuerungsrate in Europa, Bukarest, teuerste europäische Hauptstadt
-

POLITIK

Innenpolitik

Auch im dritten Quartal 2010 fordert die Krise ihren Tribut. Diesmal handelte es sich allerdings vorwiegend um die politischen Konsequenzen der wirtschaftlichen Sparmaßnahmen der vorangehenden Monate: Eingrenzung der öffentlichen Ausgaben, 25-prozentige Kürzung der Gehälter von Staatsangestellten bis zum Jahresende, Kürzung von sozialen Leistungen, Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf 24 %. Die sozialen Unruhen, die Unstimmigkeiten in der Regierungskoalition und der Machtkampf innerhalb der PDL erzwingen eine Regierungsumbildung um die drohende Kabinettsauflösung zu vermeiden. Der Umstrukturierung fielen der Finanzminister, Sebastian Vlădescu, der Arbeitsminister, Mihai Şeitan, der Kommunikationsminister, Gabriel Sandu und der Landwirtschaftsminister, Mihail Dumitru zum Opfer. Überraschend wurden auch zwei Schwergewichte der alten PDL-Riege, und zwar der Wirtschaftsminister und erster PD-L Vizepräsident, Adrian Videanu und der Transportminister, Radu Berceanu als Minister abgesetzt. Hier die Liste der ernannten und vereidigten neuen Minister: Senator Ion Ariton, der ehemalige Präfekt des Kreises Hermannstadt/Sibiu ist der neue Wirtschaftsminister. Der Abgeordnete Ion Ialomiteanu wurde Finanzminister und Valerian Vreme neuer Kommunikationsminister, Ioan Botiş ist der neue Arbeitsminister. Die Senats-Vizepräsidentin, Anca Boagiu ist nun Verkehrsministerin und Valeriu Tabără wurde Landwirtschaftsminister. Bei den beiden Regierungspartner dem Ungarnverband UDMR und der Nationalen Union zum Fortschritt Rumäniens (UNPR) gab es keine personellen Veränderungen. Die Maßnahme nahm, wie vermutet, nicht den Druck von der Regierung. Im Gegenteil der Kampf aller gegen Băsescu und seinen Premierminister Emil Boc geht weiter. Dabei ist auch festzustellen, dass die PD-L selbst alles daran gibt, der Opposition immer wieder in die Hand zu arbeiten. Egal ob es sich dabei um widersprüchliche

Aussagen ihrer Parteimitglieder oder um die chaotische Umsetzung notwendiger gesetzlicher Initiativen handelt. So kam es erst jüngst im Parlament zu einem Eklat. So wurde von der Parlamentspräsidentin, Roberta Anastase ein ausreichendes Quorum von 170 Stimmen zur Billigung des Rentengesetzes festgestellt, obwohl, wie Fernsehaufnahmen zeigten, im Saal nicht mehr als 80 Abgeordnete anwesend waren. Die Vorwürfe der Opposition konterte Frau Anastase mit Angriffen auf den PSD-Vorsitzenden, Victor Ponta. Sie warf ihm schlicht Erpressung vor. Er wolle für die Zustimmung seiner PSD-Abgeordneten einfach Geld von der PD-L. Beide Politiker erstatteten gegenseitige Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft. Unabhängig von diesem Streit erklärte das Verfassungsgericht inzwischen das Rentengesetz und dessen Verabschiedung als gesetzeskonform. Die Opposition droht dem Staatspräsidenten bei Unterzeichnung des Gesetzes durch ihn ein Verfahren zur Amtsenthebung gegen ihn einzuleiten. Aufgrund der Personaleinsparungen und Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst wurde von den verschiedenen Gewerkschaften bereits zu Streiks aufgerufen. Darüberhinaus kam es zu einem nicht genehmigten Protest von Polizeiangehörigen vor dem Präsidentenpalast, dem Schloss Cotroceni. Als Reaktion auf diese Demonstration wider ihn erklärten der Präsident und auch sein Premierminister in Zukunft auf die Dienste der Polizei und die Eskorte zu verzichten. Diese Untergrabung der Staatsautorität führte zum Rücktritt des Innenministers Vasile Blaga, der als PD-L-Generalsekretär durchaus zu den Schwergewichten der Partei zählt. Die Rücktritte und Entlassungen sind auch eine Folge der parteiinternen Machtkämpfe. Es gibt Politologen, die sprechen in diesem Fall von einem innenparteilichen Putsch, vom Sieg des „blonden Flügels“. Dies ist Anspielung auf die Ministerin Elena Udrea, eine der Vertrauten des Präsidenten und seiner direkten Anhänger. Sie wurde inzwischen interimistisch zur Vorsitzenden des gewichtigen PD-L Ortsverbandes Bukarest ernannt. Der neue Innenminister heißt Traian Igaş, bisher Sprecher der PD-L-Fraktion im Senat. Er will die Politik seines Vorgängers fortsetzen. Eines der Hauptanliegen bleibt der Beitritt Rumäniens im Frühjahr 2011 zum Schengen-Raum.

Inzwischen veranstalten die Gewerkschaften weiterhin zahlreiche Kundgebungen. Die Sozial-Demokratische Partei (PSD) gemeinsam mit der National-Liberalen Partei (PNL) wollen einen Misstrauensantrag gegen die von ihnen ungeliebte Regierung Boc sowie, wenn möglich, auch eine Amtsenthebung des Präsidenten. Es bleiben allerdings Zweifel, ob sie sich von ganzen Herzen für einen Regierungswechsel einsetzen, da die Lage alles andere als rosig ist. Die Chancen für den zum Ende Oktober angesagten Misstrauensantrag stehen allerdings nicht schlecht, da nur einige Stimmen zur Mehrheit fehlen.

Die derzeitige Situation in Rumänien, geprägt von sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit und fehlenden politischen Programmen und Lösungen, hat natürlich Auswirkungen auf die Stimmungslage der Bevölkerung zur Folge. Das zeigen auch die nachfolgenden Umfrageergebnisse: Aus einer der letzten Erhebungen des Meinungsforschungsinstituts CSOP vom 27. August bis 2. September geht hervor, 49 % der Befragten sind nun der Meinung, dass es im Kommunismus besser war. Die Zahl der Kommunismusgläubigen stieg um 8 % im Vergleich zur letzten Umfrage. Laut Eurobarometer waren die Rumänen im August nach den Griechen das pessimistischste Land der EU. Es sagten nämlich 62 % der Befragten ihrem Land eine negative Entwicklung voraus. Der europäische Durchschnittswert liegt bei 38 %. Auch genießt die rumänische Regierung das geringste Vertrauen europaweit. 85 % der Bevölkerung misstrauen ihr. Allerdings glauben 42 % der Befragten auch, dass allein die Regierung, die richtigen Maßnahmen zur Krisenüberwindung ergreifen kann. Gesunken ist das Interesse und das Vertrauen der Bevölkerung in alle politischen Einrichtungen mit Ausnahme der kommunalen.

Nachstehend einige Ergebnisse der von dem Verband Pro Democratia bestellten Umfrage zum Stand der rumänischen Demokratie 20 Jahre nach der Wende:

Vertrauen	CSCSB Februar 2009 in %	CSCSB März 2010 in %	CSCSB September 2010 in %
Politische Parteien	14	10	12
Regierung	26	17	13
Parlament	20	14	14
Präsidialamt	48	31	17
Banken	32	32	25
Justiz	22	27	29
Gewerkschaften	32	34	32
NGO	35	27	33
Polizei	43	52	55
Bürgermeisteramt	57	53	55
Massenmedien	60	52	61
Armee	68	76	73
Kirche	84	83	80
Feuerwehr	91	93	89

Es ist eindeutig, dass die Krise und die sich daraus ergebenden Sparmaßnahmen und deren Auswirkung auf den allgemeinen Lebensstandard, sich in diesen Werten widerspiegeln.

Weiter die Ergebnisse zweier Meinungsforschungsinstitute zum Wahlverhalten, wenn jetzt Wahlen stattfänden:

Partei	Institut für Öffentliche Politik Juli 2010 in %	INSOMAR Juli 2010 in %
PSD + PC	40	38,8
PNL	26	21,1
PD-L	12	13,7
Großrumänien Partei		8,9
UNPR	7	1,8
UDMR	5	5,1
Crin Antonescu	43	21
Mircea Geoană	32	21
Traian Băsescu	19	7

Das meiste Vertrauen unter den Politikern genießt bei den von INSOMAR Befragten der Präsident der Nationalbank, Mugur Isărescu. 31,8 Prozent sagten aus, sie würden nicht zur Wahl gehen. 21,1 % sind noch unentschieden. Die PD-L-Politiker erklären die katastrophalen Umfragewerte ihrer Partei und ihrer Führer in der Wählergunst ausschließlich als Folge der Antikrisenmaßnahmen, was der Wirklichkeit allerdings nur teilweise entspricht.

Außenpolitik

Sowohl der Bericht des Kooperations- und Überprüfungsmechanismus über die Fortschritte der Justizreform in Rumänien im Juli als auch der EU-Ministerrat im August bemängelten die immer noch ungenügende Transparenz und Kontrolle des Justizwesens, die rechtsstaatlichen Schwächen sowie die nicht ausreichende Bekämpfung der Korruption vor allem im Bereich der öffentlichen Aufträge. Positiv erwähnt wurden auch einige Erfolge wie die Einführung der beiden Gesetzbücher zum Verfahrensrecht sowie die Tätigkeit der Antikorruptionsbehörde, DNA. Als Folge der Veröffentlichung des Justizberichts rief Staatspräsident Băsescu Parlament und Regierung auf, ein neues Gesetz zur Funktionsweise der Nationalen Integritätsagentur ANI einzubringen und zu verabschieden.

Dies wurde dann gelegentlich einer außerordentlichen Tagung der Parlamentskammern Ende August auch umgesetzt.

Ein Thema der rumänischen Außenpolitik im Sommer war die von den französischen Behörden geplante Massenausweisung der Roma. Außenminister Baconschi kritisierte diese kollektive Abschiebung aufgrund ethnischer Kriterien. Er schlug eine ehrliche Zusammenarbeit zur Lösung des Problems und im Sinne der europäischen Freizügigkeit vor. Im September kamen der französische Einwanderungsminister, Eric Besson, und der Europa-Staatssekretär, Pierre Lellouche, nach Bukarest um mit den rumänischen Kollegen gemeinsame Antworten auf diese Fragen der nationalen Verpflichtungen zu finden. Es ging dabei auch um die bessere soziale Eingliederung der Roma-Bevölkerung in Rumänien.

In Baku unterzeichneten die Präsidenten Aserbaidschans, Georgiens und Rumäniens sowie der ungarische Premierminister eine Erklärung über die Gaslieferungen aus Aserbaidschan nach Europa. Die Vereinbarung umfasst bis zu acht Milliarden Kubikmeter Erdgas. Diese sollen jährlich aus Aserbaidschan über Georgien an das Schwarze Meer gepumpt und dort auf Tanker verladen werden, die von der rumänischen Seite aus weiter nach Westeuropa befördert werden.

Präsident Traian Băsescu traf u.a. den ungarischen Ministerpräsidenten, Viktor Orbán, den Palästinenserpräsidenten Abbas und führte in Bukarest Gespräche mit dem Präsidenten Israels, Schimon Peres.

Im Rahmen der bilateralen deutsch-rumänischen Beziehungen fanden im dritten Quartal des Jahres 2010 u.a. folgende diplomatische Treffen und Gespräche statt: Die bayerische Landtagspräsidentin Barbara Stamm unternahm Anfang September 2010 einen offiziellen Besuch nach Bukarest und Hermannstadt; Staatsminister, Dr. Werner Hoyer, und sein britischer Amtskollege, David Lidington, hielten sich, im Anschluss an eine Reise in die Republik Moldau, in Bukarest auf, wo sie gemeinsam empfangen wurden von dem Premier und dem Außenminister; Außenminister Oprea reiste nach Berlin, wo er u.a. von Bundesminister der Verteidigung Karl-Theodor zu Guttenberg empfangen wurde. In Bukarest bzw. Hermannstadt tagten die bayerisch-rumänische und die deutsch-rumänische Regierungskommissionen.

WIRTSCHAFT

In mehreren Interviews und in einer Rede vor dem Parlament im September des Jahres bekräftigte Präsident, Traian Băsescu, seine Meinung, dass die Krise in Rumänien den Höhepunkt bereits überwunden habe. Für die Jahre 2011 und 2012 ist mit einem Wirtschaftswachstum von ca. 2 % bis 3 % zu rechnen. Das Land benötige eine neue Kreditlinie vom Internationalen Währungsfonds (IWF), eine so genannte Precautionary Credit Line, die aber keinesfalls zur Abdeckung des Budgetdefizits wie es dieses Jahr der Fall war, dienen soll. Die Erweiterung des bestehenden Darlehens soll gelegentlich des Evaluationsbesuchs des Internationalen Währungsfonds im Oktober besprochen werden. Der Optimismus interner und internationaler Organisationen in Betracht auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens bleibt trotzdem, nach wie vor, gedämpft: Der Präsident der Nationalbank deutete an, dass die Finanzkrise des Staates im öffentlichen Bereich nur dann überwunden wird, wenn die Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung mit einem Abbau des Strukturdefizits einhergehen. Auch warnte Mugur Isărescu vor den möglichen Folgen der Mehrwertsteuererhöhung von 19 % auf 24 %. So könnte ein Anstieg der Inflation drohen. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung senkte ihre Prognose für die rumänische Wirtschaft von einem für 2010 ursprünglich vorgesehenen Nullwachstum auf einen Einbruch von bis zu -3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der IWF erwartet einen Wirtschaftsrückgang zum Ende des Jahres von 1,9 %, geht aber für das kommende Jahr von einem 1,7 bis 1,9prozentigen Wachstum aus. Er rechnet mit einem

Budgetdefizit von 4,4 %. Weiter bemängelt der IWF die immer noch bestehende Kluft zwischen öffentlichen Ausgaben und Einnahmen.

Das Vertrauen der Unternehmer und Verbraucher in die rumänische Wirtschaft ist, so der monatliche Economic Sentiment Indicator (ESI) der europäischen Kommission, im September 2010 zum vierten Mal in Folge bis auf 76,7 Punkte gestiegen. Ausschlaggebend waren das steigende Vertrauen in Industrie, Konsum und Baugewerbe.

Das Nationale Statistikamt bestätigte ein leichtes Wirtschaftswachstum von 0,3 % im zweiten Quartal. Dies ist vor allem der Industrieproduktion geschuldet, die Zuwächse 5,9 % verzeichnete im Vergleich zum ersten Quartal 2010. Die Landwirtschaft, andererseits, litt unter den schlechten klimatischen Bedingungen dieses Jahr. Bis zum Jahresende rechnet man mit Ernteausfällen beim Getreide von annähernd 30 %. Das BIP des ersten Halbjahres lag 1,5 % niedriger als im Vorjahresvergleich. Die Bauwirtschaft schrumpfte um 12 %, die Dienstleistungen um 22 %. Die Statistik zeigt auch einen weiteren Rückgang beim Konsum an. Rückläufig sind mit minus 18,7 % auch weiterhin die Direktinvestitionen.

Nachfolgend die neuesten vom rumänischen Statistikamt und den verschiedenen Behörden veröffentlichten Eckdaten der rumänischen Wirtschaft in den ersten sechs, sieben bzw. acht Monaten 2010:

Ende August 2010 stieg das Haushaltsdefizit Rumäniens auf 20,9 Milliarden RON, das bedeutet 4,1 % des ursprünglichen für 2010 geschätzten Bruttoinlandsprodukts. Die mit dem IWF für das Jahresende vereinbarte Höchstgrenze beträgt 6,8 %. Die Einnahmen des konsolidierten Haushalts entsprachen dabei 20,8 %, die Ausgaben 24,9 % des BIP. Als Folge der Umsetzung von Spargesetzen, der Entlassungen im öffentlichen Bereich und der um 5 % erhöhten Mehrwertsteuer werden in Zukunft geringere Ausgaben bzw. größere Einnahmen erwartet. Die Mindereinnahmen als Folge der Schattenwirtschaft beliefen sich zum Ende des ersten Quartals 2010 auf 20,4 % des Bruttoinlandsproduktes. Nachdem das Leistungsbilanzdefizit 16 Monate lang kontinuierlich geschrumpft war, stieg es nun wieder fünf Monate in Folge. Ende des ersten Halbjahres 2010 war es um 50 % höher als im Vorjahr. Hauptgrund des steigenden Fehlbetrags waren, so die Nationalbank, die um 49,9 % niedrigeren Überweisungen der im Ausland arbeitenden Rumänen. Die ausländischen Direktinvestitionen im Werte von 1,838 Milliarden € sanken deutlich um 29 % im Vergleich zur Vergleichsperiode 2009. Die Rangliste der investierenden Staaten wird angeführt von Holland mit 18,23 %, gefolgt von Österreich mit 15,65 % und Deutschland mit 15,50 %. In den ersten sieben Monaten 2010 belief sich das *Außenhandelsdefizit* auf 5,36 Milliarden €. Die Exporte stiegen um 25 % und die Importe nahmen um 19,6 % zu. In den ersten sieben Monaten 2010 machte der rumänische Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeuge) um 4,9 % weniger Umsatz als im Vorjahr.

Die mittel- und langfristige Außenverschuldung des Projektlandes stieg Ende Juli auf 70,494 Milliarden € (ca. 80,5 % der Gesamtverschuldung). Die Kurzfristige kletterte auf 17,043 Milliarden €. Sie war somit um 16,8 % höher als Ende 2009 und betrug 19,5 % der Gesamtverschuldung. Nachdem sie in den vergangenen Monaten mehrmals Höchststände erreicht hatten, verringerten sich die Devisenreserven der Nationalbank im August 2010 als Folge fälliger Schuldentilgungen zum vierten Mal in Folge auf 31,554 Milliarden €. Wegen Wirtschaftskrise, Gehaltskürzungen und Preiserhöhungen legten die Bankeinlagen der Bevölkerung und Unternehmen in Devisen und der Landeswährung im Juni 2010 im Vorjahresvergleich um 7,6 % zu.

GESELLSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Ende August 2010 registrierte Rumänien mit 7,6 % die höchste jährliche Teuerungsrate. Im Vergleich dazu betrug die durchschnittliche Teuerung in den EU Ländern 1,6 %. Die Nationalbank hatte die Prognose der Inflationsrate Rumäniens am Jahresende bereits von 3,5 auf 3,7 % erhöht, befürchtet nun, nach der MWSt.-Erhöhung und der dadurch ausgelösten Teuerungswelle, sogar ein Ansteigen auf bis zu 8 %. Laut der Studie eines

polnischen Immobilienportals liegt Bukarest an der Spitze der teuersten Hauptstädte Europas im Vergleich Einkommen der Bewohner zu Preisen. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate sank im Monat August 2010 auf 7,43 %.

Laut den neusten Daten des Nationalen Instituts für Statistik betrug die Bevölkerung Rumäniens am 1. Januar dieses Jahres 21,462 Millionen Einwohner, davon 48,7 % Männer und 51,3 % Frauen. Bevölkerungsmäßig belegt Rumänien den siebenten Platz in der EU. Eine Einteilung in Alterskategorien sieht wie folgt aus: 15,2 % (0 – 14 Jahre), 69,9 % (Erwachsene) und 14,9 % (über 65 Jahre). 55,1 % der Einwohner wohnen in den Städten.

Bukarest, den 18.10.2010

Luise Popescu
Klaus Sollfrank